

Informationen nach Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz 4, Landhaus 3a, 39100 Bozen, E-Mail: direzionesgenerale@provincia.bz.it

PEC: generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragter: Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Autonomen Provinz Bozen sind: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz 1, 39100 Bozen; E-Mail: rpd@provincia.bz.it; PEC: rpd_dsb@pec.prov.bz.it.

Zweck der Verarbeitung: Die bereitgestellten Daten werden von befugtem Personal der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die institutionellen Zwecke verarbeitet, die im Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren stehen, für das sie nach dem Dekret des Landeshauptmanns Nr. 24/2024 übermittelt werden. Für die Datenverarbeitung ist der vorläufige Direktor der Abteilung Mobilität an dessen Sitz zuständig.

Die Bereitstellung der Daten ist für die Erfüllung der nötigen Verwaltungsaufgaben obligatorisch. Wird die Bereitstellung der angeforderten Daten verweigert, können die gestellten Ansuchen nicht weiter bearbeitet werden.

Offenlegung und Empfänger der Daten: Die Daten können den Gemeinden und Südtiroler Transportstrukturen AG (STA) während einer Stichprobenprüfung mitgeteilt werden, bei der die Wahrhaftigkeit der Daten geprüft wird, die die betroffene Person angegeben hat. Dies ist für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen während der Ausübung der institutionellen Aufgaben nötig und steht in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren. Sie können auch an Personen weitergegeben werden, die sich um die Instandhaltung und Verwaltung des Informatiksystems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website der Einrichtung, auch durch Cloud Computing, kümmern. Der Cloud Provider Microsoft Italia Srl, der dem Land den Dienst Office365 erbringt, verpflichtet sich mit dem bestehenden Vertrag, keine personenbezogenen Daten außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island und Liechtenstein) zu übermitteln.

Die Empfänger der oben genannten Daten sind externe Auftragsverarbeiter oder handeln autonom als Verantwortliche.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unbedingt nötig, um die Veröffentlichungspflichten der geltenden Rechtsordnung zu erfüllen, werden dadurch die Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person, die gesetzliche Bestimmungen vorsehen, nicht beeinträchtigt.

Dauer: Die Daten werden so lange aufbewahrt, wie es für die Erfüllung der geltenden gesetzlichen Verpflichtungen in den Bereichen Steuern, Buchhaltung und Verwaltung erforderlich ist.

Rechte der betroffenen Person: Nach den geltenden Richtlinien erhält die betroffene Person auf Ansuchen jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger oder unvollständiger Daten zu. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen, die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letzten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, auf die sich die Einschränkung der Verarbeitung bezieht, mit Ausnahme ihrer Speicherung, nur mit Einwilligung der betroffenen Person zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das Ansuchen ist verfügbar auf der Website: [Transparente Verwaltung](#).

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihr Ansuchen nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang - diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Ansuchen erforderlich ist - eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.